

Gerber, Lotti; Stütz, Julia

## Article

Privatisierung und Liberalisierung der Wasserversorgung auf Druck von internationalen Finanzinstitutionen und WTO - sind die Vorwürfe der NGOs berechtigt?

Aussenwirtschaft

## Provided in Cooperation with:

University of St.Gallen, School of Economics and Political Science, Swiss Institute for International Economics and Applied Economics Research

*Suggested Citation:* Gerber, Lotti; Stütz, Julia (2005) : Privatisierung und Liberalisierung der Wasserversorgung auf Druck von internationalen Finanzinstitutionen und WTO - sind die Vorwürfe der NGOs berechtigt?, Aussenwirtschaft, ISSN 0004-8216, Universität St.Gallen, Schweizerisches Institut für Aussenwirtschaft und Angewandte Wirtschaftsforschung (SIAW-HSG), St.Gallen, Vol. 60, Iss. 3, pp. 305-345

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/231083>

### Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

### Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## **Privatisierung und Liberalisierung der Wasserversorgung auf Druck von internationalen Finanzinstitutionen und WTO – sind die Vorwürfe der NGOs berechtigt?**

Lotti Gerber und Julia Stütz  
Universität St. Gallen

Die lebenswichtige Ressource Trinkwasser steht aufgrund ihrer Knappheit immer öfter im Fokus entwicklungspolitischer Massnahmen. Nicht nur viele kleinere Entwicklungsorganisationen lancieren vermehrt Programme zur Trinkwasserversorgung, sondern auch die grossen Finanzinstitutionen Weltbank (WB) und Internationaler Währungsfonds (IMF). So ambitioniert die Programme dieser Institutionen klingen, so mannigfaltig ist die Kritik, die an ihnen laut wird. In dieser Arbeit werden die gängigsten Vorwürfe von NGOs in Zusammenhang mit Privatisierung und Liberalisierung der Trinkwasserversorgung gesammelt. Anhand einer qualitativen Auswertung offizieller Stellungnahmen von WB und IMF sowie der *Poverty Reduction Strategy Papers* (PRSPs) derjenigen Länder, welche bei ihnen Kredite beziehen, werden sie sodann auf ihre Stichhaltigkeit geprüft. Da auch die Welthandelsorganisation nicht vor massiver Kritik gefeit erscheint, wird sie mittels einer Betrachtung der von den Mitgliedstaaten eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen des Dienstleistungsabkommens berücksichtigt. Die meisten Vorwürfe verlieren nach dieser Prüfung an Gewicht, da sich zumindest im Rahmen dieser Arbeit keine Indizien dafür finden lassen. Die Unterstützung der Autorinnen erlangen jedoch Forderungen nach einer vermehrten Berücksichtigung länderspezifischer Eigenheiten in der Entwicklungspolitik, gerade auch bei Privatisierungsprogrammen von Wasserversorgungen, deren rücksichtslose Umsetzung immer zulasten der Ärmsten geht. Die Einführung der PRSPs ist ein erster Schritt der internationalen Finanzinstitutionen in diese Richtung. Damit einhergehen muss aber auch ein Ausbau der Capacities armer Länder sowie eine Unterstützung dieser bei der Entwicklung angemessener Regulierungen, um eine nachhaltige Entwicklung und Versorgung mit Trinkwasser zu garantieren.

*Keywords:* Wasserversorgung, Privatisierung, Weltbank (WB), Internationaler Währungsfonds (IMF), WTO

*Jel-Codes:* Q25, O19

### **1 Einleitung**

*«Die globale Wasserkrise ist zur grossen Herausforderung für die internationale Gemeinschaft geworden.»*

Mit diesem Satz trat Generalsekretär KOFI ANNAN vor die UNO-Generallversammlung, als er das Jahr 2003 zum Jahr des Süsswassers erklärte.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> KOFI ANNAN, zitiert nach: BÄR (2004), S. 1.

Durch das enorme Bevölkerungswachstum, die Klimaveränderungen und die Umweltverschmutzung ist Wasser zu einem knappen und umstrittenen Gut geworden, das vielfältige Konflikte auslöst – von der Nutzung internationaler Flussläufe über den Wasserverbrauch der Landwirtschaft bis zur Abwasserreinigung oder dem Schutz von Ökosystemen. Auch die Wirtschaft hat das Wasser als lukratives Geschäft entdeckt. Grosse Konzerne streiten sich mit den Regierungen um Wassernutzungsrechte, der Handel mit Trinkwasser boomt, und die Frage der Bereitstellung, Reinigung und Aufbereitung von Abwasser sowie Trinkwasser gewinnt laufend an Bedeutung.

Im vorliegenden Aufsatz wird aus der ganzen Problematik der Aspekt der lokalen Trinkwasserversorgung herausgegriffen: Bei den heftigen Diskussionen in diesem Bereich stehen die Entwicklungsländer im Zentrum, da dort die Versorgung mit der lebenswichtigen Ressource am dringendsten vorangetrieben werden muss. In ihren *Millennium Goals* haben die Vereinten Nationen (UNO) festgelegt, dass sie bis 2015 die Zahl der Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben, um die Hälfte reduzieren wollen.<sup>2</sup> Internationale Finanzinstitutionen wie der Internationale Währungsfond (IMF) und die Weltbank unterstützen dieses Ziel in ihren offiziellen Stellungnahmen,<sup>3</sup> doch viele Non-Governmental Organizations (NGO) werfen ihnen vor, nicht wirklich im Interesse der Armen zu handeln. Sie würden die Entwicklungsländer unter Druck setzen, ihre Wasserversorgung zumindest teilweise zu privatisieren, zu deregulieren und zu liberalisieren und dadurch eine Verschlechterung statt eine Verbesserung der Situation zu bewirken. Auch die Welthandelsorganisation (WTO) kommt ins Kreuzfeuer der Kritik, weil einflussreiche Mitgliedstaaten die Vertragsverhandlungen angeblich missbrauchen, um die *Schedules*<sup>4</sup> der Entwicklungsländer, in denen diese ihre Wasserversorgung von der Marktöffnung ausnehmen können, aufzuweichen.

Das Ziel des vorliegenden Aufsatzes ist es, diese Vorwürfe zu sammeln und zu gliedern und den offiziellen Stellungnahmen von IMF, Weltbank und WTO gegenüberzustellen. Als Indikator für die effektiven Bestrebungen der Finanzinstitutionen wurden die *Poverty Reduction Strategy*

---

2 vgl. UNO (2000), S. 5.

3 vgl. <http://www.worldbank.org> und <http://www.imf.org> [Stand: 20.06.2005]. Die Weltbank und der IMF werden mit dem Begriff «internationale Finanzinstitutionen» zusammengefasst.

4 Die *Schedules* sind die offiziellen Dokumente im Rahmen des GATS-Vertrages, in denen die Mitgliedländer der WTO festhalten, welche Bereiche sie zu welchem Grad liberalisieren und welche sie von der Marktöffnung ganz ausnehmen wollen (vgl. Kapitel 0). *Schedules* ist in diesem Zusammenhang ein fester Begriff und wird deswegen nicht ins Deutsche übersetzt.

*Papers* (PRSPs)<sup>5</sup> derjenigen Entwicklungsländer, welche bei Weltbank und IMF Kredite beziehen, ausgewertet. Im Rahmen der WTO wurden für dieselben Länder die *Schedules* untersucht. Der Aufsatz schliesst mit einem Fazit, welches die einzelnen Argumente nochmals zusammenstellt und bewertet.

## 2 Die Vorwürfe der NGOs

Zu Beginn werden die verschiedenen Vorwürfe der NGOs zur Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung der staatlichen Wasserversorgungen präsentiert. Dazu wurden einige ausgewählte NGOs beigezogen, die fundiert und glaubwürdig argumentieren.<sup>6</sup> Dennoch dürfen die Vorwürfe im folgenden Aufsatz nicht mit Sachverhalten verwechselt werden. Die Vorwürfe bleiben subjektive Stellungnahmen der NGOs. Zudem sind die Bezugsquellen ihrer Informationen oft vage.

Die Spannungen zwischen den NGOs einerseits und den internationalen Finanzinstitutionen und der WTO andererseits entspringen einer grundlegenden Kontroverse: Kann Wasser überhaupt als ökonomisches Gut betrachtet werden? Nur wenn diese Frage mit «ja» beantwortet wird, stellen sich die Fragen nach Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung überhaupt. Der erste Vorwurf beschreibt diese Basis-Diskussion kurz.

### 2.1 Wasser – ein Gut wie jedes andere?

Das grundsätzlichsste Anliegen von NGOs und einigen internationalen Organisationen ist, dass Wasser ein Menschenrecht ist und deswegen nicht wie ein ökonomisches Gut behandelt werden darf.<sup>7</sup> Aber genau das tun der Internationale Währungsfonds (IMF) und die Weltbank nach BARLOW und CLARKE: Sie bezeichnen den Zugang zu Wasser lediglich als «menschliches Bedürfnis». Mit dieser Terminologie des Marktes drücken die internationalen Finanzinstitutionen aus, dass der Wunsch nach Wasser ein Bedürfnis wie viele andere ist, das befriedigt werden kann, wenn man Geld hat. Auch an den *World Water Forums* in Den Haag (2000) und in

5 Zu *Poverty Reduction Strategy Papers* (PRSPs), siehe Kapitel 3.1.

6 Zur besseren Einordnung werden die ausgewählten NGOs im Anhang kurz beschrieben. Es kann davon ausgegangen werden, dass ihre Vorwürfe von einer grossen Zahl anderer NGOs mitgetragen werden und entsprechend repräsentativ sind.

7 vgl. OXFAM (2003a), S. 1.

Kyoto (2003) wurde diese Formulierung gewählt.<sup>8</sup> Dagegen plädieren BARLOW und CLARKE, dass Menschenrechte nicht verkauft werden können.<sup>9</sup> Auch SWISSCOALITION betont, dass die Wasserproblematik nicht von der Politik losgelöst betrachtet werden könne und dabei die Verknüpfung mit der Menschenrechts- und Friedenspolitik am wichtigsten sei.<sup>10</sup>

Im Gegensatz zu anderen Sonderorganisationen der UNO haben der Ausschuss für Wirtschaft, Soziales und Kultur des ECOSOC (Economic and Social Council) wie auch die Weltgesundheitsorganisation (WHO)<sup>11</sup> ein Recht auf Wasser als eigenständiges Menschenrecht bejaht:

*«The human right to water entitles everyone to sufficient, safe, acceptable, physically accessible and affordable water for personal and domestic uses.»<sup>12</sup>*

Im ergänzenden Kommentar hält der ECOSOC-Ausschuss fest, dass nebst geeigneten, kostengünstigen Technologien und Förderbeiträgen auch eine angemessene Preispolitik wie kostenloses oder preiswertes Wasser zur Umsetzung von «erschwinglichem Wasser» notwendig sei.<sup>13</sup> Entsprechend fordert der Ausschuss ebenfalls, dass Wasser als soziales und kulturelles Gut und nicht in erster Linie als Wirtschaftsgut behandelt werde. Er fordert insbesondere IMF und Weltbank dazu auf, das Recht auf Wasser in deren Kreditvergabepolitik, bei Strukturanpassungsprogrammen und anderen Entwicklungsprojekten zu berücksichtigen. Der ECOSOC-Ausschuss ging sogar so weit, im Hinblick auf weitere WTO-Verhandlungen zu postulieren, dass Menschenrecht Handelsrecht breche, also der internationalen Menschenrechtsgesetzgebung Vorrang vor staatlichen Verpflichtung aus internationalen Wirtschaftsverträgen zukomme.<sup>14</sup> Dieses Prinzip müsste nach Meinung von Swisscoalition in einer Wasserkonvention verankert werden.<sup>15</sup>

Die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation (UNESCO) stellt sich UNO-intern gegen die Aussage des ECOSOC-Ausschusses und betrachtet Wasser nicht als Men-

8 vgl. WEITSTEIN (2004), S. 19.

9 vgl. BARLOW und CLARKE (2003), S. 10.

10 vgl. BÄR (2004), S. 2.

11 vgl. WHO (2003), S. 5.

12 ECOSOC-Ausschuss (2002), Allg. Kommentar No. 15, Abs. 2.

13 vgl. ECOSOC-Ausschuss (2002), Allg. Kommentar No. 15, Abs. 27.

14 vgl. ECOSOC-Ausschuss (2002), Allg. Kommentar No. 15, Abs. 35.

15 vgl. BÄR (2004), S. 4.

schenrecht. Die UNESCO meint, einen Vergleich zur Nahrung herstellen zu können und sagt, dass diese für den Menschen genauso wichtig sei wie Wasser und doch niemand verlange, dass sie kostenlos sei.<sup>16</sup>

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass von Seiten der NGOs und manchen internationalen Organisationen grosse Bemühungen um ein Menschenrecht auf Wasser bestehen. Sie können aber nichts an der Tatsache ändern, dass Wasser vorderhand als ökonomisches Gut gehandhabt wird. Darauf baut der weitere Aufsatz auf.

## **2.2 Druck auf Privatisierung über IMF und Weltbank**

Der zweite, umfangreichste Vorwurf betrifft die Privatisierung der Wasserversorgung in Entwicklungsländern. Dieser Prozess hat Mitte des 20. Jahrhunderts zusammen mit Dezentralisierungs- und Liberalisierungsbestrebungen eingesetzt – allerdings in Entwicklungs- und Industrieländern.<sup>17</sup> Warum kritisieren unzählige Organisationen einen Vorgang in südlichen Ländern, den sie zuhause hinnehmen oder gar gutheissen? Die NGOs weisen darauf hin, dass der Privatisierungsprozess in Entwicklungsländern von IMF, Weltbank und internationalen Grosskonzernen oft ausgenutzt werde, um eigene Interessen durchzusetzen, ohne den Bedürfnissen der Länder Rechnung zu tragen. Diese Ausnutzung sei nur möglich, weil sich Entwicklungsländer im Gegensatz zu Industrieländern in speziellen (Not-) Situationen befinden. Dieser Vorwurf soll im Folgenden ausgeführt werden.

### *2.2.1 Ausnutzung leerer Staatskassen*

Eine erste ausnutzbare Situation können gemäss den NGOs leere Staatskassen sein. In diesem Fall entscheiden sich die Regierungen zwar freiwillig für die Privatisierung der Wasserversorgung, aber die internationalen Finanzinstitutionen machen deren Vorteile durch Auflagen zunichte.

Von der Privatisierung beziehungsweise durch den Verkauf der Wasserversorgungen versprechen sich die Regierungen dringend benötigte Einnahmen. Gleichzeitig hoffen sie auf Ausgabenminderungen, da sie die

---

16 vgl. BARRY (2003), S. 1.

17 vgl. LEE (1999), S. 22f.

Unterhalts- und Investitionskosten nicht mehr selber tragen müssen. Gerade wenn im Rahmen des Standortwettbewerbs Unternehmenssteuern gesenkt werden müssen und – auf Druck von aussen – durch Zollreduktion eine weitere Haupteinnahmequelle versiegt, scheint der Verkauf von Staatsbetrieben die einzige Lösung, um das Budget auszugleichen. Ausserdem können auf diese Weise aufgeblähte Betriebe effizienter gestaltet und kostspielige Investitionen für Erhalt und Erneuerung der Infrastruktur an Private delegiert werden.<sup>18</sup> Dass solche Investitionen dringend notwendig sind, ist unbestritten.<sup>19</sup> Selbst in Industrieländern gehen in manchen Städten bis zu 40% des Wassers durch schadhafte Leitungen verloren. Private verbessern die bestehenden Systeme auch tatsächlich, aber BARLOW und CLARKE argumentieren, dass die Rechnung der Regierungen trotzdem nicht aufgeht. Sie beschreiben, dass der Verkauf der Wasserversorgung nicht so viel Geld einbringe wie behauptet, da privatisierte Betriebe in der Regel weiterhin durch die öffentliche Hand mittels Subventionen unterstützt werden müssten. BARLOW und CLARKE betonen, dass gerade die Weltbank für die privatisierten Betriebe weiterhin finanzielle Unterstützung von den Regierungen verlange, wie direkte Finanzspritzen während der Aufbauphase und Subventionen während der Betriebsphase, beispielsweise in Form von nicht rückzahlbaren Zuschüssen, steuerlichen Begünstigungen, Steuerfreistellungen und gar Rückerstattungen für Bau- und Betriebskosten. Weiter würden auch die Privatunternehmen von der öffentlichen Hand finanzielle Garantien erwarten, um ihre Risiken zu minimieren.<sup>20</sup>

### 2.2.2 *Ausnutzung der Verschuldung*

Eine zweite Situation, welche auf Druck zur Privatisierung anfällig macht, ist die hohe Verschuldung vieler Entwicklungsländer – beziehungsweise die damit zusammenhängende Kredit-Konditionalität von IMF und Weltbank: Für viele Entwicklungsländer bleibt nebst den leeren Staatskassen die Tilgung der anstehenden Zins- und Schuldenzahlungen ein ungelöstes Problem. Diese Zahlungen werden hauptsächlich dem IMF, der Weltbank und deren Unterorganisationen geschuldet, so dass die Entwicklungsländer von den internationalen Finanzinstitutionen abhängig sind und sich ihren Bedingungen unterwerfen müssen. Früher beinhalteten diese unter dem Begriff «Konditionalität» rigide Strukturanpassungspro-

18 vgl. BARLOW und CLARKE (2003), S. 122.

19 vgl. BRÜGGER (2002), S. 1; vgl. OECD (1998) S. 12.

20 vgl. BARLOW und CLARKE (2003), S. 122.

gramme als Voraussetzung für neue Kredite und Entschuldungsmassnahmen. Aufgrund massiver Kritik haben Weltbank und IMF schliesslich ein neues Programm lanciert, die so genannten *Poverty Reduction and Growth Facilities* (PRGF), die von den betroffenen Ländern selber zusammengestellt werden und dadurch der jeweiligen Situation in den Ländern besser angepasst sein sollen.<sup>21</sup> Der Anteil von Privatisierungsmassnahmen wurde im Rahmen der PRGFs zwar von 15,8% auf 5,5% reduziert, aber längst nicht in allen Bereichen. Gerade die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungsbetrieben, zu denen die Wasserversorgung gehört, soll weiter forciert werden.<sup>22</sup> Zudem sagt der IMF in seinem Papier «*Streamlining structural conditionality: Review of initial experience*» selber, dass dort, wo er seine Konditionalität reduziert habe, die Weltbank die Konditionalität für ihre Programme erhöht habe, im Speziellen bei den PRGFs.<sup>23</sup> Die Konditionalität von Krediten der Weltbank und des IMF ist im Rahmen dieser Instrumente sehr breit angelegt, doch wie verschiedene NGOs beschreiben, betrifft sie auch ganz konkret die Wasserversorgung.<sup>24</sup> Und es gilt für die Entwicklungsländer immer noch: Je besser sich ein Land an das von Weltbank und IMF vorgegebene Programm hält, desto mehr Mittel kann es aufnehmen.<sup>25</sup>

Die Kredit-Konditionalitäten von Weltbank und IMF erlangen zusätzliches Gewicht, weil die meisten Geberländer ihre eigenen bilateralen Entschuldungsmassnahmen ebenfalls an diese Programme binden. Zuerst geschah dies im Rahmen der *Heavily Indebted Poor Countries* (HIPC)-Initiative, welche die ärmsten Staaten dieser Welt finanziell entlasten sollte. Im Gegenzug verlangte sie eine Restrukturierung der Wirtschaft und die Senkung der Staatsausgaben. Mittlerweile stützen sich die Geberländer auch auf das neue Instrument der *Poverty Reduction Growth Facilities* PRGFs.<sup>26</sup> Damit unterstützen sie die Forderungen von IMF und Weltbank nach einer Privatisierung der lokalen Wasserversorgung automatisch.

---

21 vgl. WELTBANK (1999), S. 1. Dieses Instrument wird in Kapitel 0 genauer beschrieben.

22 vgl. MACCUISH (2003), S. 8.

23 vgl. IMF (2001), S. 16; vgl. BAILEY (2002), S. 4.

24 vgl. BARLOW und CLARKE (2003), S. 122f; vgl. Bretton Woods Project (2002), S. 1f; vgl. UNDP (2001) S. 1f.; WETTSTEIN, S. 12.

25 vgl. MACCUISH (2003), S. 5.

26 vgl. MACCUISH (2003), S. 9; vgl. DEZA (2003), S. 1f.



### 2.2.3 *Ausnutzung der Not*

Schliesslich werden auch grundsätzliche Vorwürfe laut, dass IMF, Weltbank und internationale Unternehmen die Wasserkrisen der armen Länder regelrecht für ihre eigenen ökonomischen Interessen ausnutzten, ohne dabei auf eine wirkliche Verbesserung der Versorgung bedacht zu sein.<sup>27</sup> Stellvertretend für andere betont MACCUISH von der *Halifax Initiative*, dass eine Privatisierung nicht in jedem Fall schlecht sei, dass aber die lokalen Umstände beim Entscheid besser berücksichtigt werden müssten.<sup>28</sup> Genau das werde in Entwicklungsländern vernachlässigt, weil weder die Verletzlichkeit der Gesellschaft noch der Umwelt in die Kostenanalyse miteinbezogen werde. Der Fokus liege bei der Entscheidungsfindung einzig auf der finanziellen Performanceverbesserung.<sup>29</sup> Entsprechend würden auch keine Alternativen zur Zielerreichung geprüft, bevor die Privatisierung durchgeführt werde.<sup>30</sup> Kritisiert werden also nicht die ökonomischen Konzepte an sich, sondern ihre bedingungslose Anwendung in einem Umfeld, das darauf nicht vorbereitet ist. Schliesslich gibt es nach Meinung von NGOs wenig bis gar keine Beweise dafür, dass die grossangelegten Privatisierungsbestrebungen von Weltbank und IMF die Wasserversorgung und die Lebensqualität der betroffenen Menschen verbessert hätten.<sup>31</sup> Die Argumente lassen sich dabei in zwei grundsätzliche Punkte gliedern:

- Erstens wird das global erklärte Ziel, allen Menschen Zugang zu sauberem Trinkwasser zu verschaffen, durch Privatisierungen alleine nicht erreicht,<sup>32</sup> denn die Unternehmen achten ihrer Natur gemäss nicht primär auf Nachhaltigkeit und Wasserzugang für alle, sondern auf die Profitmaximierung.<sup>33</sup> Das hat zwei Konsequenzen für die Entwicklungsländer: Zum einen wird nur beschränkt in den Erhalt und vor allem den Ausbau der Wasserversorgung investiert, da dies sehr kostspielig ist.<sup>34</sup> Zum anderen transferieren internationale Konzerne ihre Gewinne ins Ausland, statt sie im Inland anzulegen.<sup>35</sup>

27 vgl. SAPIN (2002), S. 107.

28 vgl. MACCUISH (2003), S. 33; SAPIN (2002), S. 107; WETSTEIN, S. 21ff.

29 vgl. MACCUISH (2003), S. 5.

30 vgl. MACCUISH (2003), S. 12.

31 vgl. MACCUISH (2003), S. 33.

32 vgl. BÄR (2004), S. 1.

33 vgl. BARLOW und CLARKE (2003), S. 121.

34 Die Installationstätigkeit Privater beschränkt sich gemäss MACCUISH auf effiziente Wasserzähler bei bestehenden Verbrauchern, damit ihnen keine Gewinne entgehen. Vgl. MACCUISH (2003), S. 12 und 16.

35 vgl. BARLOW und CLARKE (2003), S. 121.

- Zweitens wird an der Privatisierung von Wasserversorgungen bemängelt, dass die ökonomische Lage der Länder sich dadurch nicht verbessere. Private Unternehmen würden gar nicht effizienter arbeiten, weil sie oftmals eine Monopolsituation anstrebten, indem sie zusätzliche Infrastruktur und Lizenzen aufkauften.<sup>36</sup> Dies wurde von NGOs in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern nach der Privatisierung von Wasserwerken beobachtet. Die Entwicklungsländer empfinden es als stossend, dass die Weltbank solche Situationen in Kauf nimmt.<sup>37</sup>

#### 2.2.4 Zwischenfazit

Zusammenfassend erheben die NGOs folgende Vorwürfe im Zusammenhang mit der Privatisierung der Wasserversorgung: Erstens werden Privatisierungen von den Regierungen selber vorangetrieben, um den Staatshaushalt zu entlasten. Doch aufgrund von Auflagen des IMF und Forderungen von Privatunternehmen zur Risikoabsicherung kann damit nicht das erwartete Resultat erzielt werden. Dort wo die Staaten nicht von sich aus zur Privatisierung bereit sind, können IMF und Weltbank dies zweitens im Rahmen der Konditionalität zur Bedingung für weitere Entschuldungsmassnahmen und Kredite machen. Drittens haben die NGOs den Eindruck, dass IMF und Weltbank das Instrument der Privatisierung nicht wirklich zum Wohl der Bevölkerung einsetzen, sondern Interessen ihrer Mitgliedländer und damit mächtiger Konzerne folgen. Anhand dieser drei Argumentationsstränge lässt sich die Haltung verschiedener Organisationen begründen, dass Privatisierungen von negativen Auswirkungen auf die Bevölkerung begleitet sind und deswegen keine Voraussetzung für die Kreditvergabe und Entschuldungsmassnahmen von internationalen Finanzinstitutionen sein sollten.<sup>38</sup>

### 2.3 Druck auf Deregulierung über IMF und Weltbank

Verschiedene NGOs kritisieren, dass sich IMF und Weltbank nicht mit der Privatisierung zufrieden geben, sondern darüber hinaus Deregulierungen verlangen, um ein möglichst gewinnbringendes Wirtschaften der Privaten zu erreichen. Meist betrifft dies allerdings nicht nur die Wasser-

36 vgl. MACCUISH (2003), S. 12.

37 vgl. MACCUISH (2003), S. 8.

38 vgl. MACCUISH (2003), S. 34.

versorgung selber, sondern auch damit verbundene Bereiche wie Umweltschutzstandards oder das Arbeitsrecht.<sup>39</sup>

### 2.3.1 *Ausnutzung fehlender Capacities*

Bemängelt wird von den NGOs nicht nur der Zwang zur Privatisierung an sich, sondern auch die Art und Weise, wie der Prozess im Einzelfall abläuft. Zu seiner Steuerung wären *Capacities*<sup>40</sup> notwendig, aber diese fehlen in vielen Entwicklungsländern oder befinden sich erst im Aufbau.<sup>41</sup> Deswegen haben diese Regierungen im Vergleich zu den internationalen Finanzinstitutionen und privaten Grosskonzernen eine schwächere Verhandlungsposition. Gemäss BARLOW und CLARKE erhalten Grosskonzerne mit Zustimmung des IMF und Weltbank von den Regierungen oft sehr langfristige Lizenzverträge mit einer Laufzeit von 20 bis 30 Jahren, die kaum zu kündigen sind, auch wenn den Betreibern die ungenügende Leistung nachgewiesen werden kann.<sup>42</sup> Oftmals fehlt also der institutionelle und rechtliche Rahmen, in den eine Privatisierung zwingend eingebettet werden muss, damit keine Missstände entstehen, und nur allzu oft wird stattdessen eine gleichzeitige Deregulierung gefordert, die auch die Arbeits- und Umweltschutzstandards umfasst. MACCUISH bemängelt, dass der Privatisierungsprozess auch oftmals zu intransparent und undemokratisch sei. Dadurch könne kein «ownership», d.h. keine Identifikation und Verantwortungsgefühl, an der Strukturveränderung entstehen, aber gerade das war ja ein zentrales Anliegen der Weltbank bei der Einführung der PRSPs.<sup>43</sup>

An dieser Stelle ist festzuhalten, dass es verschiedene Stufen von Privatisierungen gibt. BARLOW und CLARKE sowie WETTSTEIN unterscheiden drei Arten von Privatisierungen: Entweder werden die Betriebe komplett verkauft, es werden Konzessionen und Pachtverträge vergeben oder es

39 vgl. MACCUISH (2003), S. 9; siehe auch Kapitel 5.2.1, wo das Dilemma beschrieben wird, dass zu viele Regulierungen in Entwicklungsländern, wegen dem zusätzlichen Kostenaufwand auch faktische Markteintrittsbarrieren für Unternehmen darstellen können.

40 Die UNDP definiert *Capacities* als Fähigkeit von Individuen und Organisationen, ihre Funktionen effektiv, effizient und nachhaltig wahrzunehmen. Nebst menschlichen Ressourcen ist Know-how von grosser Bedeutung (vgl. UNDP (1998), S. 5.) Da der Ausdruck wie *Schedules* ein fester Begriff ist, wird er nicht übersetzt.

41 vgl. KÖNIG (2003), S. 15.

42 vgl. BARLOW und CLARKE (2003), S. 123. Das Beispiel von Ghana, wo zwei internationale Konzerne um die Wasserrechte kämpften, deren weltweiter Jahresumsatz jeweils höher als das Bruttoinlandprodukt von ganz Ghana war, macht das Kräftegleichgewicht deutlich (vgl. MACCUISH (2003), S. 14).

43 vgl. MACCUISH (2003), S. 9.

wird ein *Private Public Partnership* begründet.<sup>44</sup> Doch in vielen Fällen bleibt die Alternative zum endgültigen Verkauf Theorie, denn aufgrund der Armut und mangelnder Rechtsstaatlichkeit ist die zweite Stufe mit der Vergabe von Lizenzrechten sehr anfällig auf Bestechungsversuche und damit willkürliche Verteilung.<sup>45</sup> Eine *Private Public Partnership*, die dem Staat an sich auch nach der Privatisierung eine aktive Kontrolle gestatten würde, nützt wenig, wenn der Staat sie angesichts fehlender Ressourcen nicht durchsetzen kann. Die Position der Unternehmen ist auch deswegen so stark, weil sie gegenüber den Regierungen oft als übermächtige Gläubiger auftreten beziehungsweise versprechen, einen Teil ihrer Einnahmen in Form von Steuern dem Staat abzuliefern. Darum können sich Regierungen – auch wenn sie die entsprechenden Verhandlungskapazitäten hätten – häufig weder gegen Beschneidungen ihrer Kontrollrechte noch gegen Preiserhöhung wehren.<sup>46</sup> Die fehlenden *Capacities* personeller und finanzieller Art bleiben demnach auch nach dem Abschluss des eigentlichen Privatisierungsprozess ein Problem.<sup>47</sup>

### 2.3.2 *Missachtung der Auswirkungen von Deregulierung*

Die mangelnde Regulierung oder Durchsetzungsmöglichkeit des Staates hat weit reichende Folgen, welche vor allem die Ärmsten treffen. Es sind dies einerseits Krankheiten wegen verschmutztem Wasser und andererseits Preiserhöhungen, welche den Armen den Zugang zu sauberem Trinkwasser verunmöglichen und so wiederum Krankheiten Vorschub leisten.

Bei Privatisierungen und gleichzeitiger ungenügender Regulierung kann die Wartung der Rohrleitungen auch von Privaten vernachlässigt werden.<sup>48</sup> Dies kann zu Krankheiten führen, vor allem unter den Armen, weil sie sich im Gegensatz zu den Reichen kein oder nur zu übersteuerten Preisen sauberes Trinkwasser dazukaufen können.<sup>49</sup> Gerade dieser Schicht aber sollte geholfen werden. Weiter steigen durch Privatisierungen oftmals die Wasserpreise. Die Grundproblematik ist, dass die staatliche Wasserversorgung oft kostenlos war, sei es aufgrund schlechten Manage-

44 vgl. BARLOW und CLARKE (2003), S. 120; WEITSTEIN, S. 12f.

45 vgl. MACCUISH (2003), S. 14. vgl. BARLOW und CLARKE (2003), S. 102.

46 vgl. MACCUISH (2003), S. 12.

47 vgl. MACCUISH (2003), S. 6; vgl. HOBBS (2002), S. 6.

48 vgl. BARLOW und CLARKE (2003), S. 80.

49 vgl. BARLOW und CLARKE (2003), S. 84f. Zahlenbeispiel für Peru vgl. BARLOW und CLARKE (2003), S. 85; Zahlenbeispiel für Ghana vgl. MACCUISH (2003), S. 13.

ments, sei es um auch armen Bevölkerungsschichten den Zugang zu dieser lebensnotwendigen Ressource zu ermöglichen. Im Gegensatz dazu müssen Private zumindest kostendeckend arbeiten. Die Auswirkungen der damit verbundenen Preiserhöhungen sind aber so gross, dass sie den scheinbaren Nutzen der Privatisierung nach Meinung von NGOs weit übertreffen.<sup>50</sup> Wenn Menschen nicht mehr zahlen können, wird ihnen der Wasserzugang verweigert und sie müssen sich aus unsauberen Quellen bedienen. Krankheiten sind, wie oben schon erwähnt, eine mögliche Folge.<sup>51</sup> Eine Studie für Südafrika zeigt, dass das Land die schlimmste Choleraepidemie seiner Geschichte durchmachte, nachdem die Wasserversorgung privatisiert worden war.<sup>52</sup> OXFAM betont entsprechend, dass andere Programme zur Gesundheitsförderung wie die Abgabe von billigeren Medikamenten keine Wirkung zeigen werden, wenn nicht auch die Ernährung oder eben eine verbesserte Trinkwasserversorgung gefördert werden.<sup>53</sup> Das meist zitierte Beispiel ist der Fall von Cochabamba in Bolivien, wo die Weltbank gemäss Vorwürfen unzähliger Organisationen die bolivianische Regierung gezwungen hat, die Wasserversorgung zu privatisieren, indem sie diese Privatisierung zur Bedingung für Entschuldung wie auch für weitere finanzielle Mittel zum Ausbau des Wassersystems machte. In der Folge kam es zu massiven Preiserhöhungen und Missständen, worauf die Bevölkerung so lange protestierte, bis die Regierung den Vertrag mit dem privaten Leistungsnehmer rückgängig machte.<sup>54</sup> Cochabamba ist der prominenteste, aber nicht der einzige Fall, wo die Weltbank eine Privatisierung ohne Rücksicht auf deren (soziale) Auswirkungen durchgezogen hat.<sup>55</sup>

### 2.3.3 Zwischenfazit

Zusammenfassend sagen die NGOs, dass den Entwicklungsländern aufgrund des oft fehlenden rechtlichen und institutionellen Rahmens sowie mangelnder *Capacities* und finanzieller Ressourcen während und nach dem Abschluss des Privatisierungsprozesses die Kontrollmöglichkeit über die Wasserversorgung fehlt oder verloren geht. Die mangelhafte Regulie-

50 vgl. SAPRIN (2002), S. 97. So kann es vorkommen, dass Familien in Entwicklungsländern bis zu einem Viertel des Haushaltbudgets für Wasser ausgeben müssen (vgl. BARLOW und CLARKE (2003), S. 122; vgl. MACCUISH (2003), S. 12).

51 vgl. BARLOW und CLARKE (2003), S. 79.f

52 vgl. MACCUISH (2003), S. 6

53 vgl. OXFAM (2001), S.12.

54 vgl. BARLOW und CLARKE (2003), S. 122f; vgl. BRETTON WOODS PROJECT (2002), S. 1f; vgl. UNDP (2001) S. 1f.

55 vgl. MACCUISH (2003), S. 5.

zung, beziehungsweise die mangelhafte Durchsetzung dieser, trifft vor allem die armen Bevölkerungsschichten. MACCUISH formuliert es so:

«If the objective [of privatization] is the improvement in services and living conditions for the poor and vulnerable in the communities served, it is not being met. If the objective is the establishment of economic stability and growth, with an assumed increase in social well being as a result, again the conclusion must be that the objective is not being met.»<sup>56</sup>

## 2.4 Druck auf Liberalisierung über IMF, Weltbank und WTO

Als dritter Punkt wird die der Privatisierung oft folgende Liberalisierung angegriffen. Die Vorwürfe richten sich wiederum an IMF und Weltbank, aber auch an die Institution, mit der Liberalisierung unweigerlich verbunden wird, die Welthandelsorganisation (WTO).

### 2.4.1 Vorwürfe an IMF und Weltbank

Verschiedene NGOs weisen auf das Dilemma hin, dass westliche Staaten und NGOs oft staatliche Regulierungen fordern. Diese können aber einer Liberalisierung im Weg stehen, weil sie häufig mit grösseren finanziellen Aufwendungen verbunden sind und daher für ausländische Unternehmen faktische Markteintrittsbarrieren darstellen.

Brisant ist der Vorwurf von OXFAM an die EU, dass sie über ihren grossen Einfluss bei IMF und Weltbank trickreich eine Marktöffnung der Entwicklungsländer mittels Kredit-Konditionalität erzwingen wolle. Dabei muss sie – im Gegensatz zu normalen Handelsabkommen im Rahmen der WTO, wo die EU ebenfalls einflussreich wäre – keine Gegenleistung erbringen. Deswegen fordert OXFAM, dass die Exekutivräte der beiden Finanzinstitutionen keine Bedingungen zur Handelsliberalisierung mehr in die Kredit-Konditionalitäten aufnehmen.<sup>57</sup>

56 MACCUISH (2003), S. 6.

57 vgl. BAILEY (2002), S. 5.

### 2.4.2 Vorwürfe an die WTO

Der WTO selber wird im Zusammenhang mit der Trinkwasserversorgung zwar kaum ein Vorwurf gemacht, da sie sich nicht mit dem Bereich beschäftigt oder gar aktiv eine Öffnung erzwingt. Kritisiert werden vielmehr die WTO-Mitglieder, die den Mechanismus für ihre Zwecke nutzen würden. Dabei steht in erster Linie die EU im Visier der NGOs. OXFAM kritisiert, die EU betone zwar stets die Schutzklauseln für Entwicklungsländer in den GATS-Verträgen, doch in der Realpolitik der WTO-Verhandlungen werden diese Klauseln nur sehr restriktiv ausgelegt und angewandt.

Bei Verhandlungen im Rahmen der WTO, die auch Wasserversorgungen betreffen, nennt OXFAM drei konkrete Probleme:

- Erstens werden durch die WTO-Abkommen der künftige Handlungsspielraum der Regierungen geschmälert, auch wenn vorläufig keine Liberalisierung erzwungen wird. Einmal versprochene Liberalisierungen können sodann nur rückgängig gemacht werden, wenn sie drei Jahre im Voraus angekündigt werden und Kompensationszahlungen geleistet werden.
- Zweitens könnten in der Theorie zwar einzelne Wirtschaftsbereiche von den Zugeständnissen im Rahmen des GATS ausgenommen werden, respektive es würden nur diejenigen Bereiche deklariert, die dem Abkommen unterstellt werden sollen. Faktisch nutze die EU aber ihre Verhandlungsmacht innerhalb der WTO, um in verschiedensten Bereichen Liberalisierungen zu erzwingen. Dabei würden in keinem Fall die Auswirkungen dieser Forderungen auf die Armut oder wenigstens die finanzielle Stabilität des Staatshaushalts untersucht. Das deutsche Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung stützt die Aussage ebenfalls,<sup>58</sup> dass die Realpolitik der EU nicht der offiziellen Stellungnahme entspricht.
- Drittens sei eine effektive Liberalisierung nur mit einer effektiven Regulierung möglich. Regulatorische Kosten fallen aber für Entwicklungsländer viel stärker ins Gewicht, weil die Einrichtung der dazu notwendigen Institutionen oftmals die Kapazitäten der Entwicklungs-

---

58 Vgl. KÖNIG (2003), S. 12.

länder übersteige und dazu von den internationalen Finanzinstitutionen keine Gelder zur Verfügung gestellt werden.<sup>59</sup>

Im April 2002 wurden die Pläne der EU-Kommission bekannt, bei den nächsten GATS-Verhandlungsrunden Entwicklungsländer unter Druck zu setzen, jegliche Kontrolle für ausländische Beteiligungen an Unternehmen aufzuheben und öffentliche Dienstleistungsbetriebe wie die Wasserversorgung zu privatisieren.<sup>60</sup> Und tatsächlich schlug die EU in den folgenden GATS-Verhandlungen vor, die Wasserversorgung in den *Schedules* unter «Environmental services» zu subsumieren und sie damit einer Liberalisierung zugänglich zu machen. Auch forderte sie verschiedene Staaten konkret auf, ihre Wasserversorgungen zu liberalisieren.<sup>61</sup> Dass Wasserkonzerne aus dem EU-Raum einen Anteil von rund zwei Drittel am weltweiten privatisierten Wassermarkt haben,<sup>62</sup> verleiht dem Vorfall Gewicht, doch blieb die EU bis heute mit ihrem Anliegen erfolglos. OXFAM schreibt, dass diese «Einkaufsliste» unter der Federführung der Barclay's Bank geschrieben worden sei, die mehr als fünfzig grosse Unternehmen vertrete und enge Beziehungen zum die Verhandlungen vorbereitenden Ausschuss der EU-Kommission unterhalte. Dies ist ein klares Indiz dafür, dass die WTO-Verhandlungen erfolgreich von Lobbyisten genutzt werden. Natürlich betont die EU, dass die Entwicklungsländer frei entscheiden könnten, welche Sektoren sie in ihre *Schedules* zum GATS einschliessen möchten, aber durch die faktische Verhandlungsmacht der EU in den WTO-Verhandlung kann davon keine Rede sein. Viele dieser Länder sind auf ausländische Devisen angewiesen oder hoffen, dass die EU ihre Agrarmärkte öffnet, wenn sie selber die Dienstleistungsmärkte öffnen.<sup>63</sup> BARLOW und CLARKE betonen aber, dass die internationalen Konzerne auch in anderen Ländern als der EU grossen Einfluss auf die Regierungen haben. Durch eigene *Think Tanks*, Rechtsanwälte und PR-Agenturen können sie sich zu allen wichtigen Themen zu Wort melden. Und ausserdem nehmen sie durch üppige Wahlkampfspenden weiteren Einfluss auf die Regierungen.<sup>64</sup>

59 vgl. OXFAM (2003b), S. 35f.

60 vgl. BAILEY (2002), S. 5.

61 Dazu gehören Indien, die Philippinen, Kolumbien, Pakistan, China, Paraguay, Uruguay, Südafrika und Venezuela, vgl. KÖNIG (2003), S. 3,12.

62 Vgl. WEITSTEIN (2004), S. 15.

63 vgl. BAILEY (2002), S. 5.

64 vgl. BARLOW und CLARKE (2003), S. 132.



### 2.4.3 Zwischenfazit

Wie bei der Privatisierung betonen OXFAM, SWISSCOALITION und andere Organisationen, dass eine sorgfältig regulierte Liberalisierung durchaus ihre Berechtigung haben kann, aber nur in Abhängigkeit der institutionellen Kapazitäten, der Ressourcen und der Bedürfnisse der einzelnen Länder. Die EU aber vertrete eine «*one-size-fits-all, big bang*»-Liberalisierung, die diesen Umständen keineswegs angepasst sei. Dies zeige sich gerade anhand der schlechten Erfahrungen, die manche Länder damit gemacht hätten.<sup>65</sup> Wenn die Liberalisierung erst einmal durchgeführt sei, könnten europäische Wassergrosskonzerne wie Vivendi, Suez und Thames Water von den Entwicklungsländern nicht mehr diskriminiert werden.<sup>66</sup>

## 3 Untersuchung der Positionen des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der WTO

Im Folgenden sollen die offiziellen Positionen von Weltbank und Währungsfonds sowie der WTO unter die Lupe genommen werden. Anhand einer qualitativen Untersuchung der *Poverty Reduction Strategy Papers* (PRSPs)<sup>67</sup> derjenigen Entwicklungsländer, die bei der Weltbank und beim IMF Kredite beziehen, und deren *Schedules* im Rahmen des GATS soll anschliessend untersucht werden, wie die Positionen der internationalen Organisationen in der Realität umgesetzt werden und ob wirklich Projekte zur Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung des Wassermarktes geplant respektive gefördert werden, wie die NGOs dies behaupten.

### 3.1 Offizielle Stellungnahme von IMF und Weltbank

Wasser ist für die Weltbank ein sehr wichtiges Thema. Dies widerspiegelt sich in der grossen Sektion *Water supply and Sanitation*<sup>68</sup> und Zitaten wie «... *helps bring water ...*»<sup>69</sup> auf der Homepage. Die lange Liste der Kredite für Wasserversorgungen zeugt ebenfalls von der Bedeutung von

65 vgl. JOERHEL (2003), S. 1; vgl. BAILEY (2002), S. 5.

66 vgl. BAILEY (2002), S. 5.

67 Zu *Poverty Reduction Strategy Papers* (PRSPs) siehe Kapitel 3.1.

68 vgl. Internet: <http://www.worldbank.org/watsan/> (Seitenaufruf vom: 13.06.05).

69 vgl. Internet: <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/EXTABOUTUS/0,,pagePK:50004410~piPK:36602~theSitePK:29708,00.html> (Seitenaufruf vom: 13.06.05).

Wasserprojekten für die Weltbank.<sup>70</sup> Wie aus einer Publikation des *Water and Sanitation Program*, einem Partnerschaftsprogramm der Weltbank mit dem UNDP, ersichtlich wird, hat die Weltbank auch erkannt, dass eine unangemessene Versorgung der Armen mit Wasser deren Lebenskosten erhöht, das Einkommenspotential verringert, das Wohlbefinden negativ beeinflusst, die Effektivität von Bildungs- und Gesundheitsmassnahmen reduziert und das Leben dieser Menschen ganz allgemein risikoreicher macht.<sup>71</sup>

In ihrer offiziellen Stellungnahme<sup>72</sup> bestreiten der IMF und die Weltbankgruppe auch gar nicht, dass sie die Privatisierung von Staatsbetrieben in Entwicklungsländern vorantreiben wollen und entsprechende Konditionalitäten an die Kreditvergabe und Entschuldungsprogramme knüpfen. Ihr Ziel ist es, durch die Privatisierung die Staatshaushalte der einzelnen Länder zu entlasten. Speziell berücksichtigte Bereiche sind dabei neben dem Bildungs- und Gesundheitssektor, der Errichtung privatwirtschaftlich organisierter *social safety nets*, der privaten Infrastrukturerstellung und der Entwicklung landwirtschaftlicher Gegenden auch die Wasserversorgung und sanitäre Anlagen. Für all diese Bereiche gilt, dass in den Kredit-Konditionalitäten der Weltbank sehr oft die Entwicklung eines privaten Sektors gefordert wird, der die Erstellung dieser Dienstleistungen wenigstens teilweise oder im Rahmen von Beteiligungen übernimmt. Die Weltbank hat hierzu sogar eine *Privatisation Transaction Group* ins Leben gerufen, welche Beratungen gerade auch für die Privatisierung von Wasserversorgungen vornimmt. Dadurch versucht die Weltbank, die Programme besser an lokale Gegebenheiten anzupassen. Nicht zuletzt erscheint die Entwicklung eines privaten Sektors, der die Wasserversorgung übernimmt, auch in den *Millennium Development Goals* des IMF und der Weltbank.

Doch auch wenn die internationalen Finanzinstitutionen die Privatisierung von Staatsbetrieben seit jeher gefordert haben und weiterhin anstreben werden, haben sich ihre Zielerreichungsstrategien im Laufe der Zeit angepasst. Die rigiden Strukturanpassungsprogramme, auf denen früher

---

70 vgl. Internet: <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/NEWS/0,,menuPK:34470~pagePK:117705~piPK:64255752~theSitePK:4607~title:Loans%20%26%20Credits%20on%20Water%20Supply%20&%20Sanitation~topic:Water%20Supply%20&%20Sanitation,00.html> (Seitenaufwurf vom: 13.06.2005).

71 vgl. MEHTA und FUGELSNES (2003), S. 6f.

72 Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf Informationen, die der offiziellen Homepage von IMF und Weltbank zu entnehmen sind: <http://www.worldbank.org> und <http://www.imf.org> (Seitenaufwurf vom 14.06.05).

die Konditionalisierung der Kredite basierte, wurden durch die *Poverty Reduction and Growth Facilities* (PRGF) ersetzt. Das neue Instrument soll mehr «ownership» am Umstrukturierungsprozess bei den Ländern und dadurch bessere Umsetzungsergebnisse bewirken. Dazu müssen von den Ländern *Poverty Reduction Strategy Papers* (PRSPs) verfasst werden, welche die makroökonomischen, strukturellen und sozialen Politikstrategien und Programme eines Landes über einen Horizont von drei Jahren und mehr beschreiben. Konkret geht es um Strategien zu breit abgestütztem Wachstum und Armutsbekämpfung, wie auch um die externen Finanzierungsbedürfnisse und die entsprechenden Finanzierungsquellen. Dabei setzen IMF und Weltbank gerade bei den strukturellen Reformen vermehrt auf die private Finanzierung von öffentlichen Unternehmen. Zentral ist, dass die PRSPs von den einzelnen Ländern anhand eines partizipativen Prozesses, der möglichst viele der inländischen Anspruchsgruppen wie auch die externen Entwicklungspartner miteinbezieht, selbst erarbeitet werden müssen und anschliessend von Weltbank und IMF genehmigt werden.

### 3.2 Beurteilung von IMF und Weltbank anhand von *Poverty Reduction Strategy Papers* (PRSPs)

Da die offizielle Position einer internationalen Finanzinstitution in der Realität sehr verschieden gehandhabt und umgesetzt werden kann, wurden wie bereits erwähnt die PRSPs derjenigen Entwicklungsländer, welche bei Weltbank und IMF Kredite beziehen, qualitativ untersucht.<sup>73</sup> Die detaillierte Auswertung für jedes Land wird aus der Tabelle im Anhang ersichtlich.

Aus den meisten PRSPs gehen Bestrebungen zur wenigstens teilweisen Privatisierung der Wasserversorgung deutlich hervor. Das heisst, dass sich

73 Es sind dies die 45 Länder Albanien, Armenien, Aserbeidschan, Benin, Bhutan, Bolivien, Bosnien-Herzegowina, Burkina Faso, Kambodscha, Kamerun, Kap Verde, Tschad, Djibuti, Äthiopien, Gambia, Georgien, Ghana, Guinea, Guyana, Honduras, Kenia, Kirgisien, Laos, Madagaskar, Malawi, Mali, Mauretanien, Moldawien, Mongolei, Mosambik, Nepal, Nicaragua, Niger, Pakistan, Ruanda, Sao Tome und Principe, Senegal, Serbien-Montenegro, Sri Lanka, Tadschikistan, Tansania, Uganda, Vietnam, Jemen, Sambia.

Alle PRSPs direkt unter: <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/TOPICS/EXTPOVERTY/EXTPRS/0,,contentMDK:20200608~pagePK:210058~piPK:210062~theSitePK:384201,00.html> (Seitenaufwurf vom 13.6.2005).

Andere Länder haben erst ein Interim-PRSP erstellt und wurden deshalb in der Auswertung nicht berücksichtigt. Diese Länder sind Bangladesch, Burundi, die Zentralafrikanische Republik, die Demokratische Republik Kongo, Kongo, Elfenbeinküste, Dominica, Guinea-Bissau, Indonesien, Lesotho, die ehem. jug. Rep. Mazedonien, Sierra Leone und Usbekistan.

Private grundsätzlich an staatlichen Unternehmen beteiligen, beziehungsweise Dienstleistungsaufgaben des Staates wie den Aufbau neuer Infrastruktur oder deren Betrieb übernehmen können. Gerade in den afrikanischen Ländern wird dies sogar gewünscht und forciert, weil es wichtig sei, dass überhaupt eine funktionierende Wasserversorgung für die breite Bevölkerung erstellt werde und dem Staat dazu die Ressourcen fehlen.<sup>74</sup> Trotzdem behalten sich die meisten Regierungen vor, genauere gesetzliche Rahmenbedingungen zu erlassen, so dass die Privatisierungen nicht ohne Regulierung ablaufen. In manchen Fällen werden auch schon im PRSP konkrete Massnahmen festgelegt, wie beispielsweise die Subventionierung der Wasserversorgung für die ärmste Bevölkerungsschicht oder Hygienestandards.

Zur Liberalisierung des Wassermarkts lassen sich aufgrund der Analyse der PRSPs weniger klare bis gar keine Aussagen machen. In einigen wird Liberalisierung zwar erwähnt, aber es handelt sich dabei um die Erstellung eines funktionierenden liberalisierten Binnenmarktes und nicht um eine internationale Liberalisierung des Dienstleistungssektor, welche die NGOs ja speziell kritisieren. Und hier gilt ebenfalls, dass sich die Regierungen meist Aufsichts- und Regulierungskompetenzen sowie Lizenzvergaberechte vorbehalten. Insofern haben die Liberalisierungsbestrebungen der Länder im Rahmen dieser Arbeit nur wenig Bedeutung, da (noch) keine grenzüberschreitende Liberalisierung diskutiert wird.

### 3.3 Offizielle Stellungnahme der WTO

Bei der WTO fallen die Wasseraufbereitung, -reinigung und -verteilung unter die Bestimmungen des GATS-Vertrags.<sup>75</sup> Speziell stehen hier grenzüberschreitende Ingenieurs- und Beratungsaufträge im Zentrum, wie auch Fragen des Betriebens von Anlagen im Ausland. Die WTO betont, dass sie im Gegensatz zu IMF und Weltbank keinen Druck auf die Länder ausübte, weder im Hinblick auf Privatisierung und Deregulierung noch auf Liberalisierung. Sie legt dar, dass die Wasserrechte nach wie vor unter staatlicher Hoheit bleiben, sofern die Staaten sie nicht freiwillig mittels Konzessionen an Private vergeben. Aber auch eine solche Vergabe von Nutzungskonzessionen und die anschliessende Liberalisierung des Wassermarktes unterstehen nur den Prinzipien der WTO, sofern sich das

---

74 vgl. dazu auch MEHTA/FUGELSNES (2003).

75 vgl. WTO Secretariat (2001), S. 1.

Land explizit in seinen *Schedules* zum GATS dazu verpflichtet hat.<sup>76</sup> Das *Schedule* setzt sich zusammen aus einer Liste mit Ausnahmen zur Meistbegünstigungsklausel (MFN-Klausel Art.II GATS) und einer Liste mit den spezifischen Commitments eines Landes. Letztere enthält eine Auflistung derjenigen Dienstleistungsbereiche, welche ein Land den spezifischen Verpflichtungen des GATS tatsächlich unterstellen will, sowie des Ausmasses der einzelnen Verpflichtungen.

### 3.4 Beurteilung der WTO anhand von *Schedules*

Um die Einflussnahme auf die *Schedules* durch andere Mitgliedländer der WTO zu bestimmen, wurden die *Schedules* derselben Länder wie unter Kapitel 0 bei den PRSPs untersucht.<sup>77</sup> Die Untersuchung zeigt, dass weder in den Meistbegünstigungsklausel-Ausnahmelisten noch in den Listen mit den *spezifischen Commitments* der Länder Liberalisierungsverpflichtungen für die Betreibung der Wasserversorgung zu finden sind. Wenn Verpflichtungen im Zusammenhang mit Wasser genannt werden, dann nur für die Ingenieurs- und Bauarbeiten. Eine Analyse der wichtigsten Industrieländer, das heisst der EU, den USA, Japans und der Schweiz liefert allerdings genau dasselbe Resultat. Da die Marktöffnungen im Rahmen der WTO grundsätzlich auf Reziprozität beruhen, kann die Haltung der Entwicklungsländer nicht erstaunen.

Es sieht also nicht so aus, als würde von Institutionen oder Ländern Druck auf die *Schedules* von Entwicklungsländern ausgeübt, ihre privatisierte Wasserversorgung zu liberalisieren. Wegen des Reziprozitäts-Gedankens ist dies wohl auch in nächster Zukunft nicht möglich, sofern nicht auch die Industrieländer diese Sektoren liberalisieren würden. Ein allfälliger Druck von Industrieländern über Kreditkonditionalitäten der Weltbank und des IMF auf die *Schedules* von Entwicklungsländern kann zur Zeit ebenfalls nicht nachgewiesen werden. Was die Verhandlungsmacht einflussreicher Mitglieder der WTO wie der EU betrifft, und ihre angebliche Fähigkeit, den Mechanismus der WTO zu missbrauchen, um Marktöffnungen bei den Entwicklungsländern zu erzwingen (OXFAM), so lassen sich dazu in den *Schedules* ebenfalls keine Anhaltspunkte finden,

<sup>76</sup> vgl. WTO (2004), S. 1.

<sup>77</sup> Alle *Schedules* direkt unter [http://www.wto.org/english/tratop\\_e/serv\\_e/serv\\_commitments\\_e.htm](http://www.wto.org/english/tratop_e/serv_e/serv_commitments_e.htm), [Seitenaufwurf vom 13.6.2005]. Manche Länder mit einem PRSP sind nicht WTO-Mitglieder und wurden deshalb in der Auswertung nicht mehr berücksichtigt, dies gilt für: Aserbeidschan, Bhutan, Bosnien-Herzegowina, Kap Verde, Äthiopien, Laos, Sao Tome und Principe, Serbien-Montenegro, Tadschikistan, Usbekistan, Vietnam und Jemen.

da ja eben noch kein Land Liberalisierungsverpflichtungen in der Wasserversorgung eingegangen ist. Interessant wäre an dieser Stelle eine Auswertung der so genannten *Request Lists*. Das sind die Dokumente, in denen die WTO-Mitglieder ihre bilateralen Forderungen und Angebote bei den Liberalisierungsrunden festhalten. Aus strategischen Überlegungen bei den Verhandlungen werden diese jedoch nicht publiziert. Auch die erwähnte Aufforderung der EU an manche Mitgliedstaaten, ihre Wasserversorgung zu liberalisieren, hätte kaum publik werden sollen.

### 3.5 Zwischenfazit

Die offiziellen Stellungnahmen zeigen, dass IMF und Weltbank weitreichende Privatisierungen befürworten und Konditionalitäten, die massive Strukturanspassungen beinhalten, als logisches Instrument im Rahmen der Geldvergabe betrachten. Dagegen finden sich in den offiziellen Stellungnahmen dieser Institutionen keine Hinweise für Druckausübung auf eine Liberalisierung der lokalen Wasserversorgung. Die WTO betont sogar, dass Liberalisierung in jedem Fall freiwillig bleibt und sie hier keinen Druck ausübe.

Bei der Umsetzung kann zusammenfassend gesagt werden, dass die Privatisierung der Wasserversorgung von IMF und Weltbank gefördert wird, um die Staatskassen der Entwicklungsländer zu entlasten oder die maroden Staatsbetriebe mittels einer Beteiligung von privaten Unternehmen effizienter zu machen. Die Länder scheinen sich nicht dagegen zu sträuben oder eben doch entsprechendem Druck nachzugeben, denn in ihren PRSPs stellen sie Umsetzungspläne vor oder haben sogar schon konkrete Schritte zur Privatisierung von Staatsbetrieben einschliesslich ihrer Wasserversorgungen unternommen. Dagegen lässt sich bei der Liberalisierung des Weltmarktes kein direkter Einfluss von IMF und Weltbank, respektive deren verhandlungsmächtigen Mitgliedländern, auf die PRSPs der Länder oder mittels Konditionalitäten auf deren *GATS-Schedules* feststellen. Aber auch innerhalb der WTO scheint es verhandlungsstarken Mitgliedern nicht einfach möglich zu sein, ausserhalb des Reziprozitäts-Gedankens weitreichende Zugeständnisse erzwingen zu können. Ein solch starker Druck auf Liberalisierung, wie von einigen NGOs behauptet, scheint vordergründig also nicht vorhanden zu sein.

## 4 Eine Beurteilung der Vorwürfe

In den vorangehenden Kapiteln wurden die Vorwürfe der NGOs und die Gegenpositionen der internationalen Finanzinstitutionen und der WTO zur lokalen Wasserversorgung sowie der Umsetzung dieser im Rahmen von PRSPs und *Schedules* vorgestellt. Sie sollen nun einander gegenübergestellt und gegeneinander abgewogen werden.

### 4.1 Wasser – ein Gut wie jedes andere?

**Tabelle 1**

Vorwurf der NGOs	Befunde bei IMF, Weltbank und WTO in PRSPs, <i>Schedules</i> , etc.
Wasser wird als ökonomisches Gut behandelt.	Ja. (Wasser wird klar als ökonomisches Gut betrachtet, das zur Abdeckung eines menschlichen Bedürfnisses verwendet wird und kein unentgeltliches Menschenrecht ist.)

Quelle: Eigene Darstellung

Während viele NGOs die Anerkennung eines Menschenrechts auf Wasserzugang fordern, behandeln IMF und Weltbank Wasser klar als ökonomisches Gut. Bei der WTO drückt sich dieselbe Haltung explizit aus, indem sie den Handel mit «*bottled water*» im Rahmen des GATT ebenso fördert wie die Liberalisierung von Dienstleistungen rund um die Wasserver- und -entsorgung unter den GATS-Bestimmungen. Dass die Trinkwasserversorgung in der Realität nicht in die Liberalisierung eingeschlossen ist, liegt nicht an ideologischen Bedenken seitens der WTO, sondern an der Berücksichtigung nationaler Vorbehalte für staatliche Dienstleistungen in den *Schedules*, wie sie alle Staaten für diesen Bereich geäußert haben.

IMF, Weltbank und WTO geben selber keine Gründe an, warum sie Wasser als normales ökonomisches Gut sehen, doch entspricht es heute weitgehend einer Tatsache, dass Wasser als ökonomisches Gut gilt und als solches gehandelt wird. Gerade in Bezug auf die lokale Wasserversorgung sind Befürchtungen der NGOs, das Wasser könne «ausverkauft» werden, jedoch unbegründet, denn auch nach einer Privatisierung verbleiben den Regierungen grundsätzlich Kontrollmöglichkeiten und Preisregulierungsmechanismen. Damit diese auch in Entwicklungsländern besser wahrge-

nommen werden können, müssten nach Meinung der Autorinnen anstelle der Forderung nach einem Sonderstatus für das Gut «Wasser» konkrete Initiativen des *Capacity-Buildings* ergriffen werden.

## 4.2 Privatisierung

Bei der Frage, ob über Weltbank und IMF Druck auf die Privatisierung der lokalen Wasserversorgung ausgeübt wird oder nicht, sollen die Vorwürfe aus Kapitel 2.2 einzeln beurteilt werden.

**Tabelle 2**

Vorwurf der NGOs	Befunde bei IMF, Weltbank und WTO in PRSPs, Schedules, etc.
Nur scheinbare Entlastung des Staatshaushaltes durch Privatisierung wegen Subventionierung, Garantien, Steuerbegünstigung u.ä.	Keine Angaben
Zwang zu Privatisierung über Konditionalität der Kreditvergabe	Ja
Keine wirkliche Verbesserung der Versorgung, da nur Gewinnmaximierung angestrebt	Keine Angaben
Auch Private streben Monopolsituation an	Keine Angaben

Quelle: Eigene Darstellung

### 4.2.1 Ausnutzung leerer Staatskassen

Aufgrund leerer Staatskassen und anstehender Investitionen privatisieren viele Regierungen von sich aus die lokale Wasserversorgung. Die NGOs werfen IMF und Weltbank vor, dass sie durch Forderungen nach Risikogarantien u.ä. verhindern würden, dass durch die Privatisierung auch tatsächlich Geld in die Kassen fließt. So wichtig ein ausgewogener Staatshaushalt für Entwicklungsländer aber auch erscheinen mag, in diesem speziellen Fall müssen die finanziellen Gewinne aus einer Privatisierung der Wasserversorgung klar hinter die Frage der Zugangsverbesserung zurücktreten – auch wenn diese nur über eine kostspielige Privatisierung erreicht werden sollte –, weil Wasser wie im vorherigen Kapitel beschrieben für jeden Menschen ein lebenswichtiges Gut ist. Gerade die PRSPs der afrikanischen Länder, die stellvertretend für viele Entwicklungslän-



der stehen, haben gezeigt, dass die Regierungen den Zugang zu sauberem Trinkwasser aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln oft kaum verbessern können. Die Privatisierung an sich darf also nicht in Frage gestellt werden, wenn sie wirklich zu einer Verbesserung der Versorgungssituation für eine breite Bevölkerung führt. Es gilt daher immer abzuwägen, wie die beste Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser erreicht werden kann – durch private oder staatliche Bereitstellung.

#### 4.2.2 *Ausnutzung der Verschuldung*

Viele NGOs werfen IMF und Weltbank vor, dass sie die prekäre Finanzlage der Entwicklungsländer ausnützen würden, um ihnen ihre Konditionen diktieren zu können. Diese seien nicht zum Wohl des Landes, sondern von eigenen Interessen beziehungsweise der Interessen einiger Mitgliedstaaten und Grosskonzerne motiviert. IMF und Weltbank weisen dies klar zurück. Sie betonen, dass die Kredit-Konditionalität einerseits im Interesse der Entwicklungsländer selber sei, weil die dadurch vermittelten Programme zu einer ausgewogenen Zahlungsbilanz und nachhaltigem Wirtschaftswachstum und damit zu Schuldenabbau verhelfen könnten. Andererseits sei die Kredit-Konditionalität im Interesse der Geberländer, die ohne diese vertrauensschaffende Massnahme kein Geld mehr geben würden, was wiederum den Entwicklungsländern schaden würde.<sup>78</sup> IMF und Weltbank geben aber keine Auskunft darüber, wie die Konditionalitäten ausgewählt werden und inwiefern soziale und politische Auswirkungen nebst den ökonomischen beachtet werden. Durch das neue Instrument der PRSPs sollte dieser Prozess automatisch sichtbarer werden, da er eine partizipative Ausarbeitung der Programme unter Einbezug breiter Bevölkerungsschichten vorsieht. Wenn dieser Ansatz einmal verankert ist, wird dadurch mehr Transparenz über die Auswahl der Anpassungsprogramme geschaffen und verfolgte Interessen müssen stärker offen gelegt werden.

#### 4.2.3 *Zwischenfazit*

Aus diesen Gegenüberstellungen kann gefolgert werden, dass IMF und Weltbank insofern Recht haben, als dass die Privatisierung der Wasserversorgung in manchen Ländern die einzige Lösung für eine funktionie-

---

<sup>78</sup> vgl. IMF (2002), S. 1.

rende Versorgung der breiten Bevölkerung ist, weil es den Regierungen der Entwicklungsländer an den notwendigen Ressourcen zur eigenen Erstellung und für den Unterhalt mangelt. Der Vorwurf, dass IMF und Weltbank die Verschuldung zur Durchsetzung eigener Interessen ausnützen würden, könnte durch das neue Instrument der PRSPs zunehmend entkräftet werden. Schliesslich zeigt die ganze Auseinandersetzung aber, dass die Diskussion um die Privatisierung der Wasserversorgung eng mit der Diskussion um fundamentale Konzepte verbunden ist, und die Chancen entsprechend klein sind, dass es jemals zu einem Konsens zwischen NGOs und den internationalen Finanzinstitutionen u.a. kommt.<sup>79</sup>

### 4.3 Deregulierung

Bei der Deregulierung konnten anhand der Auswertung der offiziellen Positionen der internationalen Finanzinstitutionen und der WTO sowie deren Umsetzung viele Vorwürfe der NGOs nicht bestätigt werden. Auch hier sollen die Vorwürfe Punkt für Punkt beurteilt werden.

**Tabelle 3**

Vorwurf der NGOs	Befunde bei IMF, Weltbank und WTO in PRSPs, Schedules, etc.
Fehlender oder mangelhafter institutioneller und rechtlicher Rahmen.	Nicht unbedingt, Durchsetzung aber fraglich.
Fehlende Capacities: Staat in schwacher Verhandlungsposition gegenüber den internationalen Finanzinstitutionen und Unternehmen.	Keine Angaben.
Privatisierungsprozess intransparent und undemokratisch.	Nicht unbedingt, einige Länder versuchen, Betroffene und Gemeinden mit einzubeziehen.
Deregulierung der Umweltschutz- und Arbeitsrechtsstandards.	Nicht unbedingt, viele Länder sind nach wie vor darauf bedacht.
Folge der mangelhaften Regulierung: Preiserhöhungen und Krankheiten.	Preiserhöhung nicht unbedingt, zumeist aber schon. Oft aber mit Berücksichtigung der Ärmsten (Tarifstaffelung, Subventionen, etc.). Zu Krankheiten keine Angaben.

Quelle: Eigene Darstellung

<sup>79</sup> vgl. dazu auch WINPENNY (2003), S. 7, 32.

### 4.3.1 *Ausnutzung fehlender Capacities*

Über den Ablauf des Prozesses und die Resultate der Privatisierung, wie sie bislang von IMF und Weltbank gehandhabt wurden, herrscht kein Konsens. Die Hauptkritik der NGOs ist, wie in Kapitel 2.2.3 beschrieben, dass das lokale Umfeld mit oftmals schwachen Institutionen und fehlender Rechtsstaatlichkeit zu wenig berücksichtigt werde. Dabei stellt sich die Frage: Wer kann die Umstände in einem Land wirklich beurteilen und wie? Bei der Wasserversorgung muss nach WHO/UNICEF und *Water Supply & Sanitation Collaborative Council* (2001) der wichtigste Indikator für eine erfolgreiche Privatisierung und etwaige Deregulierung sein, wie stark die Wasserversorgung verbessert werden kann bezüglich Zugang zu Trinkwasser, der Qualität und der Bezahlbarkeit.<sup>80</sup> Ein Hinweis darauf, dass sich IMF und Weltbank in ihrer Beurteilung der Umstände in den einzelnen Ländern manchmal geirrt haben, ist ihr Wechsel von reinen Strukturanpassungsprogrammen zu den *Poverty Reduction and Growth Facilities* (PRGF). Diese wurden erst nach massiver Kritik an den vorherigen Programmen eingeführt und stellen genau den partizipativen Prozess in und mit den einzelnen Ländern in den Vordergrund, der eine bessere Beurteilung der jeweiligen Umstände erlauben soll.

Der Vorwurf, Entwicklungsländer seien zu partizipativer und intrinsischer Entwicklung gar nicht fähig, muss als Kulturimperialismus zurückgewiesen werden, aber faktisch verlangen Instrumente wie die PRSPs nicht nur von IMF und Weltbank eine grosse Umgewöhnung, sondern auch von den Regierungen und den Bürgerinnen und Bürgern der einzelnen, meist nicht sehr demokratischen Länder.<sup>81</sup> Wie auch eine Demokratie nicht über Nacht funktionieren kann, braucht es hier mehr Wissenstransfer, finanzielle Mittel und Geduld. Wenn mehr Capacities aufgebaut werden, kann auch von der Schwarz-Weiss-Diskussion über Privatisierung abgewichen werden und es lassen sich vermehrt *Privat Public Partnerships* und Lizenzvergaben als Mittelweg in Betracht ziehen. Sind die Regierungen aber mit mehr Macht und Ressourcen ausgestattet, können sie mehr Kontrolle und Einfluss bewahren, als wenn sie die lokale Wasserversorgung ganz an Private verkaufen würden.

---

80 vgl. WHO/UNICEF und WATER SUPPLY & SANITATION COLLABORATIVE COUNCIL (2001).

81 vgl. BARRY (2003), S. 3.

### 4.3.2 *Missachtung der Auswirkung der Deregulierung*

Der Vorwurf, dass IMF und Weltbank auf die Privatisierung und Performanceverbesserung fokussiert seien und die effektiven Auswirkungen wie Preiserhöhungen und ausbleibender Ausbau des Wassernetzes aus ihren Überlegungen ausblendeten, wiegt schwer. IMF und Weltbank äussern sich dazu nicht, sondern betonen nur wiederholt, dass Privatisierung und Liberalisierung für ein nachhaltiges, breit abgestütztes Wirtschaftswachstum grundsätzlich unabdingbar seien. In den PRSPs sind zu dieser Problematik keine Hinweise zu finden. WETTSTEIN kritisiert, dass sich Weltbank und IMF nur deswegen so zurückhalten äussern würden, weil Wasser, auch als rein ökonomisches Gut betrachtet, spezielle Eigenschaften aufweise. Wo Privatisierung und Liberalisierung möglich seien, werden diese um des Konzeptes willen angewendet und nicht, weil sie die am besten passende Lösung seien.<sup>82</sup> Tatsächlich ist es ein Stück weit Glaubenssache, ob man zuerst eine funktionierende Marktwirtschaft aufbauen will, die dann die Lebensumstände aller verbessern soll, und dazu auch Preissteigerung in Kauf nimmt oder ob man kurz- und mittelfristig Verzerrung akzeptiert, um bestimmten Bevölkerungsschichten zu helfen. Aufgrund der lebenswichtigen Funktion von Wasser ist eher den Vorwürfen der NGOs Recht zu geben, die sagen, dass massive Preissteigerungen diesen speziellen Gutes besonders für die arme Bevölkerung nicht tragbar seien und dass damit verbundene Gesundheitsgefährdungen nicht in Kauf genommen werden dürfen. Gleichzeitig wird aber aus den PRSPs ersichtlich, dass es in vielen Ländern zu Preiserhöhung kommt, dass sie jedoch meist mit einer Regulierung zum Schutz der Ärmsten verbunden ist (Tarifstaffelung, Subventionen u.ä.; vgl. Tabelle im Anhang).<sup>83</sup> Die Durchsetzung dieser Regulierungsvorschriften ist aber ungewiss.

### 4.3.3 *Zwischenfazit*

Aus diesen Gegenüberstellungen kann gefolgert werden, dass beim Ablauf von Privatisierungen eher den NGOs Recht gegeben werden muss, die den damit einhergehenden Ausbau von *Capacities*, eine angemessene Regulierung und eine Fokussierung auf die tieferliegenden Entwicklungsziele der Armutsbekämpfung und Wohlförderung verlangen.

82 Vgl. WETTSTEIN (2004), S. 22.

83 Vgl. dazu auch die Empfehlungen für gestaffelte Tarife, lokale Quersubventionierung etc. des World Panel on Financing Water Infrastructure, WINPENNY (2003), S. 18f.

## 4.4 Liberalisierung

Die Zusammenstellung zur Liberalisierung zeigt ebenfalls divergierende Standpunkte von NGOs und den internationalen Finanzinstitutionen sowie der WTO.

**Tabelle 4**

Vorwurf der NGOs	Befunde bei IMF, Weltbank und WTO in PRSPs, Schedules, etc.
Handlungsspielraum der Regierungen wird eingeschränkt	Ja, aus Natur der Sache, weil <i>Schedules</i> nur mehr schwierig abänderbar sind (lange Fristen, Kompensationen nötig).
Verhandlungsmächtige EU versucht, Liberalisierung zu erzwingen	Keine Angaben
Dilemma: Kostenaufwändige Regulierungen gehen zu Lasten der Entwicklungsländer (verhindern Markteintritt und so Liberalisierung)	Keine Angaben
Private nehmen Einfluss auf Politiker im eigenen Land zwecks favorablen WTO-Verhandlungen	Keine Angaben

*Quelle:* Eigene Darstellung

Hier muss unterschieden werden zwischen der Liberalisierung, die direkt von der WTO beeinflusst wird, und dem Druck, welcher allenfalls über die Kredit-Konditionalitäten von Weltbank und IMF in Verbindung mit den PRSPs zur Liberalisierung der Wasserversorgung ausgeübt wird.

### 4.4.1 Vorwürfe an IMF und Weltbank

In den offiziellen Stellungnahmen von IMF und Weltbank konnten keine Aussagen gefunden werden, dass sie Druck auf eine internationale Liberalisierung der Wasserversorgung ausübten, wie ihnen von manchen NGOs vorgeworfen wird. Die PRSPs der ausgewählten Länder enthalten ebenfalls keine Hinweise darauf, sondern einzig auf nationale Liberalisierungen der Wasserversorgung im Sinne eines funktionierenden Binnenmarktes. Dagegen wehren sich die NGOs aber nicht. Damit ist auch für den Vorwurf, dass einzelne Mitglieder wie die EU Einfluss auf die internationalen Finanzinstitutionen zu nehmen versuchten, damit deren natio-

nale Konzerne freien Marktzutritt in den Entwicklungsländer hätten, keine Bestätigung zu finden.

#### 4.4.2 *Vorwürfe an die WTO*

Von NGOs, die nicht prinzipiell gegen die WTO eingestellt sind, wird der WTO keine aktive Handlung bezüglich der Wasserversorgung vorgeworfen. Aufgrund des Reziprozität-Gedankens wird dies vermutlich vorläufig so bleiben, denn auch die meisten Industrieländer zeigen kein Interesse daran, diesen Sektor zu liberalisieren. Kritik wird aber an einzelnen Mitgliedsländern der WTO laut, die den Mechanismus wie auch ihren Einfluss auf Kredit-Konditionalitäten von IMF und Weltbank angeblich zugunsten ihrer nationalen Konzerne missbrauchen würden. Aufgrund der Evidenz aus PRSPs und *Schedules* lässt sich aber kein derartiger Missbrauch feststellen, da bezüglich Liberalisierung der Wasserversorgung noch keine Verpflichtungen eingegangen wurden.

#### 4.4.3 *Zwischenfazit*

Die Beurteilung der Liberalisierung ist schwierig, weil sich die berechtigten Vorwürfe einzig auf die EU abstützen. Deren bekannt gewordene *Request List* sah die Aufforderung an gewisse Länder vor, ihre Märkte zu öffnen. Aufgrund des hohen Marktanteils von Wasserkonzernen aus dem EU-Raum wiegt dies schwer. Gleichzeitig dürfte die EU aber das «heisseste Eisen» für die Vorwürfe der NGOs gewesen sein. Zusammen mit der beschränkten Zahl der von der EU aufgeforderten Länder kann davon ausgegangen werden, dass die Kritik der NGOs für weite Bereich spekulativ ist.

## 5 **Fazit**

Abschliessend lässt sich sagen, dass Wasser zwar ein sehr spezielles Gut ist, da es wie kaum ein anderes für jeden einzelnen Menschen zu seinem Überleben notwendig ist. Entsprechend hoch sind die Bestrebungen von internationalen Organisationen und NGOs zu werten, den Zugang zu Wasser durch eine ausgebaute und funktionsfähige Wasserversorgung auch in Entwicklungsländern für alle Schichten zu gewährleisten. Dazu scheint es den Druck von IMF und Weltbank zur Privatisierung maroder

Staatsbetriebe grundsätzlich zu brauchen. Beim Umsetzungsprozess der Privatisierung dagegen scheint die Kritik der NGOs gerechtfertigt, weil durch die bisherige Handhabung meist nur die Privatisierung an sich erfolgreich war, ohne dass die dahinterliegenden Ziele der Verbesserung der Lebensumstände wirklich erreicht worden wären. Durch das neue Instrument der PRSPs haben IMF und Weltbank ein Stück weit eingelenkt und versuchen, damit auf die lokalen Bedürfnisse und Umstände Rücksicht zu nehmen. Eine vollständige Einigung in der Grundsatzdiskussion über die Anwendung von Privatisierungen ist aber nicht zu erwarten. Die Vorwürfe von NGOs, die internationalen Finanzinstitutionen und die WTO sowie ihre Mitgliedstaaten würden auch Druck auf die Entwicklungsländer ausüben, ihre Wasserversorgungen zu liberalisieren, konnten im Rahmen dieses Aufsatzes nur gerade für die EU in einem Fall bestätigt werden.

Eine kritische Betrachtung dieser Resultate weist darauf hin, dass auch eine sorgfältige Analyse der PRSPs und *Schedules* keine abschliessende Beurteilung der effektiven Verhandlungssituation bietet. Erst ein Einblick in die tatsächlichen Verhandlungsprozesse könnte Aufschluss darüber geben, welche Organisationen, Mitgliedländer und Konzerne tatsächliche Einfluss zu nehmen versuchen. Doch auch so erlauben es die Ergebnisse, gewisse spekulative Vorwürfe von NGOs gegenüber IMF, Weltbank und WTO zu entkräften.

## Literatur

- BAILEY, MICHAEL (2002), *Europe's Double Standards, How the EU should reform its trade policies with the developing world*, Oxfam Briefing Paper No. 22, Internet: [http://www.oxfam.org.uk/what\\_we\\_do/issues/trade/downloads/bp22\\_eutrade.pdf](http://www.oxfam.org.uk/what_we_do/issues/trade/downloads/bp22_eutrade.pdf) (Seitenaufwurf vom 20.06.05).
- BÄR, ROSMARIE (2004), *Wasser braucht den Schutz des Völkerrechts – Argumente für eine internationale Wasserkonvention; Dokument 4. April 2004*, Internet: [http://www.swisscoalition.ch/deutsch/files/D\\_PnDt4.pdf](http://www.swisscoalition.ch/deutsch/files/D_PnDt4.pdf) (Seitenaufwurf vom 20.06.05).
- BARLOW, MAUDE und TONY CLARKE (2002), *Blaues Gold. Das globale Geschäft mit dem Wasser*, München: Verlag Antje Kunstmann GmbH.
- BRETTON WOODS PROJECT (2002), *World Bank pushed to open up Bolivia water arbitration*, Internet: <http://www.brettonwoodsproject.org/article.shtml?cmd%5B126%5D=x-12616261> (Seitenaufwurf vom 20.06.05).
- BRUGGER, FRITZ (2002), *Weltweite Privatisierung im Wassersektor*, Internet: [http://www.swisscoalition.ch/deutsch/files/T\\_WrHr.pdf](http://www.swisscoalition.ch/deutsch/files/T_WrHr.pdf) (Seitenaufwurf vom 20.06.05).
- DEZA (2003), *Independent Evaluation of SDC'S Bilateral Engagement in the Poverty Strategy Paper (PRSP) Process*, Internet: [http://www.deza.admin.ch/ressources/deza\\_product\\_e\\_620.pdf](http://www.deza.admin.ch/ressources/deza_product_e_620.pdf) (Seitenaufwurf vom 20.06.05).
- ECOSOC (2002), *Substantive Issues Arising in the Implementation of the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights, General Comment No. 15 (2002): The Right to Water*, Genf: ECOSOC.
- HOBBS, JEREMY (2002), *Globalisation Against Poverty*, Internet: [http://www.oxfam.org/eng/pdfs/doc\\_Jeremy\\_speech\\_Cophg.pdf](http://www.oxfam.org/eng/pdfs/doc_Jeremy_speech_Cophg.pdf) (Seitenaufwurf vom 20.06.05).
- IMF (2001), *Streamlining structural conditionality: Review of initial experience*, IMF Policy Development and Review Department, Internet: <http://www.imf.org/external/np/pdr/cond/2001/eng/collab/review.htm> (Seitenaufwurf vom 20.06.05).
- IMF (2002), *IMF Conditionality, A Factsheet*, IMF External Relations Department. Internet: <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/conditio.htm> [Seitenaufwurf vom 20.06.05].
- JAMES, BARRY (2003), *Privatizing the tap, Human rights and profit margins, The New Courier, No. 3*. UNESCO, Internet: [http://portal.unesco.org/en/ev.php-URL\\_ID=14362&URL\\_DO=DO\\_TOPIC&URL\\_SECTION=201.html](http://portal.unesco.org/en/ev.php-URL_ID=14362&URL_DO=DO_TOPIC&URL_SECTION=201.html) (Seitenaufwurf vom 20.06.05).
- JOERCHEL, BASTIENNE (2003), *Neoliberalismus und nachhaltige Entwicklung vertragen sich nicht*, Internet: <http://www.swisscoalition.ch/deutsch/pagesnav/T.htm> (Seitenaufwurf vom 20.06.05).



- KÖNIG, ANJA (2003), *GATS and the Liberalisation of Water in Supply Services, Public Privat Partnership im Infrastrukturbereich*, Arbeitspapier Nr. 8, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Internet: <http://www2.gtz.de/dokumente/bib/03-5154.pdf> (Seitenaufruf vom 20.06.05).
- LEE, TERENCE R. (1999), *Water Management in the 21<sup>st</sup> Century: The Allocation Imperative*, Cheltenham, UK und Northampton, USA: Edward Elgar Publishing Ltd.
- MACCUISH, DEREK (2003), *Water, Land and Labour: The Impacts of Forced Privatization in Vulnerable Communities*, Internet: [http://www.halifaxinitiative.org/updir/Water\\_Land\\_Labour.pdf](http://www.halifaxinitiative.org/updir/Water_Land_Labour.pdf) (Seitenaufruf vom 20.06.05).
- MEHTA, MEERA und THOMAS FUGELSNES (2003), *Water Supply and Sanitation in Poverty Reduction, Strategy Papers in Sub-Saharan Africa: Developing a Benchmarking Review and Exploring the Way Forward*. Nairobi: Water and Sanitation Program, Weltbank-UNDP-Partnerschaftsprogramm, Internet: [http://www.wsp.org/publications/af\\_benchmarking.pdf](http://www.wsp.org/publications/af_benchmarking.pdf) (Seitenaufruf vom 20.6.05).
- OECD (1998), *Water Consumption and Sustainable Water Resources Management*, Paris, OECD.
- OXFAM (2001), *Dare to Lead: public health and company wealth, Oxfam Briefing Paper No.1*, Internet: [http://www.oxfam.org.uk/what\\_we\\_do/issues/health/downloads/daretolead.pdf](http://www.oxfam.org.uk/what_we_do/issues/health/downloads/daretolead.pdf) (Seitenaufruf vom 20.06.05).
- OXFAM (2003a), *Hitting the targets, Recommendations to the G8 for delivery of the Millennium Development Goals on water and sanitation, 2003*, Joint NGO paper by WaterAid, UNISON, One World Action and Tear Fund, Internet: [http://www.oxfam.org.uk/what\\_we\\_do/issues/health/eviang8\\_water.htm](http://www.oxfam.org.uk/what_we_do/issues/health/eviang8_water.htm) (Seitenaufruf vom 20.06.05).
- OXFAM (2003b), *Running into the Sand, Why failure at the Cancun trade talks threatens the world's poorest people, Oxfam Briefing Paper No. 5*, Internet: [http://www.oxfamamerica.org/pdfs/wto\\_brief\\_090203.pdf](http://www.oxfamamerica.org/pdfs/wto_brief_090203.pdf) (Seitenaufruf vom 20.06.05).
- SAPRIN (2002), *The Policy Roots of Economic Crisis and Poverty. A Multi-Country Participatory Assessment of Structural Adjustment. Based on Results of the Joint World Bank/Civil Society/Government Structural Adjustment Participatory Review Initiative (SAPRI) and the Citizens' Assessment of Structural Adjustment (CASA)*, Structural Adjustment Participatory Review International Network (SAPRIN), Internet: [http://www.saprin.org/SAPRI\\_Findings.pdf](http://www.saprin.org/SAPRI_Findings.pdf) (Seitenaufruf vom 20.06.05).

- UNDP (1998), *Capacity Assessment and Development, Technical Advisory Paper No. 3*, Management Development Division, Bureau for Development.
- UNDP (2002), *Bolivia: Update on failed Cochabamba Privatization, Global Learning Network Newsletter*, UNDP, Public-Private Partnership for the Urban Environment, Bureau for Development, Internet: <http://www.undp.org/ppp/gln/publications/edition19/new1-3.htm> (Seitenauf-ruf vom 20.06.05).
- UNO (2000), *United Nations Millennium Declaration. Resolution adopted by the General Assembly 55/2. A/RES/55/2*, Internet: <http://www.un.org/millennium/declaration/ares552e.pdf> (Seitenauf-ruf vom 20.06.05).
- WELTBANK (1999), *Overview of Poverty Reduction Strategies*, Internet: <http://www.worldbank.org/poverty/strategies/overview.htm> (Seitenauf-ruf vom 20.06.05).
- WETTSTEIN, FLORIAN (2004), *Die unsichtbare Hand des Wassermarktes? Zur Privatisierungs- und Wettbewerbslogik im Wasserversorgungs-sektor*, Berichte des Instituts für Wirtschaftsethik Nr. 103, St. Gallen: Institut für Wirtschaftsethik der Universität St. Gallen.
- WHO (2003), *United Nations Sub-Commission on the Promotion and Protection of Human Rights. Fifty-fifth Session, written submission by the World Health Organisation*, Internet: <http://www.unog.ch/news2/documents/newsen/sc0325e.htm> (Seitenauf-ruf vom 20.06.05).
- WHO, UNICEF und WATER SUPPLY & SANITATION COLLABORATIVE COUNCIL (2001), *Global Water Supply and Sanitation Assessment 2000 Report*, Genf, New York: WHO und UNICEF.
- WINPENNY, JAMES (2003), *Financing Water for All. Report of the World Panel on Financing Water Infrastructure. 3<sup>rd</sup> World Water Forum of the World Water Council and the Global Water Partnership*, Internet: <http://www.worldwatercouncil.org/download/CamdessusReport.pdf> (Seitenauf-ruf vom 20.06.05).
- WTO SECRETARIAT (2001), *Guide to the GATS: An Overview of Issues for Further Liberalization of Trade in Services*, Den Haag: Kluwer Law International.
- WTO (2004), *GATS – Fact and Fiction, Misunderstandings and Scare Stories: The WTO Is Not After Your Water*, Internet: [http://www.wto.org/english/tratop\\_e/serv\\_e/gats\\_factfiction8\\_e.htm](http://www.wto.org/english/tratop_e/serv_e/gats_factfiction8_e.htm) (Seitenauf-ruf vom 20.06.05).

**Abkürzungsverzeichnis**

ECOSOC	Economic and Social Council
EU	Europäische Union
HIPC	Heavily Indebted Poor Countries
IMF	International Monetary Found
GATS	General Agreement on Trade in Services
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
NGO	Non Governmental Organisation
PRGF	Poverty Reduction and Growth Facility
PRSP	Poverty Reduction Strategy Paper
UNDP	United Nations Development Programme
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNO	United Nations Organisation
WTO	World Trade Organisation

## **Anhang: Die NGOs im Kurzportrait**

### **Maude Barlow and Tony Clarke**

Das Buch «Blaues Gold. Das globale Geschäft mit dem Wasser,» das in Kanada unter dem Originaltitel «*Blue Gold: The Battle Against Corporate Theft of the World's Water*» erschienen ist, gehört zu den Bestsellern der kritischen Literatur zur Kommerzialisierung von Wasser.

### **Bretton Woods Project**

Das *Bretton Woods Project* wurde von britischen NGOs mit dem zentralen Anliegen gegründet, die Transparenz und Partizipation der Gesellschaft bei IMF und Weltbank zu fördern. Dabei setzt es auf Informationsaustausch und öffentliche Debatten statt Konfrontation. Heute bildet das *Bretton Woods Project* ein Netzwerk von über 7000 NGOs, Journalisten, Wissenschaftlern und Parlamentariern aus der ganzen Welt.

[www.brettonwoodsproject.org](http://www.brettonwoodsproject.org)

### **The Halifax Initiative (Autor: DEREK MACCUISH)**

Die *Halifax Initiative* ist eine Verbindung von NGOs, die in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, Umweltschutz, sowie Arbeit und Menschenrechte aktiv sind. Sie haben sich anlässlich des G7-Gipfel von 1995 zusammengeschlossen, um Rolle von IMF und Weltbank in diesen Bereichen besser zu analysieren.

[www.halifaxinitiative.org](http://www.halifaxinitiative.org)

### **Helvetas (Autor: FRITZ BRUGGER)**

Helvetas ist ein schweizerisches Hilfswerk, das die eigenständige und nachhaltige Entwicklung in den Projektländern fördert und sich für eine solidarische Entwicklung in der Schweiz einsetzt. Im Ausland konzentriert sich Helvetas auf Entwicklungsprojekte für die ländliche Bevölkerung in Afrika, Asien und Lateinamerika. Die drei Kerngebiete der Tätigkeit von Helvetas sind dabei die Verbesserung der ländlichen Infrastruktur, die Förderung der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen und die Förderung von Bildung und Kultur.

[www.helvetas.ch](http://www.helvetas.ch)

**Oxfam (Autoren: MICHAEL BAILEY und JEREMY HOBBS)**

Oxfam ist eine vielbeachtete, unabhängige Organisation, die 1942 in Grossbritannien gegründet wurde und sich sowohl national wie auch international für die Verbesserung des Lebensstandards aller Menschen einsetzt.

*www.oxfam.org*

**Structural Adjustment Participatory Review International Network  
SAPRIN**

SAPRIN ist ein globales Netzwerk, das die Rolle und Mitbestimmung der Zivilgesellschaft in der Wirtschaftspolitik stärken möchte. Mit lokalen Gruppen in verschiedenen Ländern möchte SAPRIN insbesondere die konkreten Auswirkungen von IMF- und Weltbank-Programmen untersuchen und neue Wege dafür entwickeln. SAPRIN arbeitet in den acht ärmsten, kreditbedürftigen Ländern und im Rahmen der PRSPs mit den Regierungen und der Weltbank zusammen.

*www.saprin.org*

**Swisscoalition (Autoren: ROSMARIE BÄR und BASTIENNE JOERHEL)**

Die Arbeitsgemeinschaft Swissaid / Fastenopfer / Brot für alle / Helvetas / Caritas / Heks ist die gemeinsame entwicklungspolitische Lobbyorganisation der sechs grossen Schweizer Hilfswerke. Ihr Ziel ist eine nachhaltige Entwicklung hin zu einer gerechteren, friedlicheren und umweltverträglicheren Welt, die allen die gleichen Rechte und Chancen bietet. Dazu braucht es wirtschaftliche und politische Veränderungen – weltweit und in der Schweiz. Um diese Ziele zu erreichen, führt die Arbeitsgemeinschaft eine aktive Lobbyarbeit bei Politik, Verwaltung und Wirtschaft sowie eine intensive Öffentlichkeitsarbeit durch.

*www.swisscoalition.ch*

## Anhang: Auswertung PRSPs – Länderliste

Land	Privatisierung	Deregulierung	Liberalisierung
Albanien	Partizipation schaffen, Involvierung Privater (Konzessionen etc.), Privatisierung	Dezentralisierung, Preisregulierung zur Kostendeckung	nationale Liberalisierung, Kommerzialisierung
Armenien	x	Subventionsabbau, Preisanpassungen (Kostendeckung)	x
Aserbeidschan	Privatisierung, Management-Privatisierung (Betrieb) aber staatliches Eigentum und Verantwortung	Subventionen bis Kostendeckung	x
Äthiopien	Partnerschaften mit Privatsektor (Public-Private), Möglichkeit zur Involvierung Privatsektor	staatliche Regulierung (Agenturen), Tarifstrukturen nach Zahlungsfähigkeit (Kostendeckung)	x
Benin	Privatisierung	Dezentralisierung (auch Kosten), Deregulierung und Regulierung (Hygiene-Standards)	x
Bhutan	x	x	x
Bolivien	Staatliches Eigentum, Wohnheitsnutzungsrechte der indigenen Bevölkerung etc., Privatisierung Betrieb	Regulierung	x
Bosnien-Herzegowina	Privatisierung, Autonomie als Vorbereitung, Verantwortlichkeit der staatlichen Betreiber, staatl. Planung, private Betreiber	Regulierung, Mindestwasserangebot für ärmste Haushalte, Preisanpassungen (Kostendeckung), Anpassung an EU-Recht	Monopol der Wasserversorgung aus Natur der Sache
Burkina Faso	Privatisierung Wasserversorgungsbehörde, private Betreiber mittels Konzession	Regulierung	x

Land	Privatisierung	Deregulierung	Liberalisierung
Djibuti	Involvierung Privatsektor in Finanzierung der Wasserversorgung	Dezentralisierung, Regulierung (Koordinierung)	x
Gambia	Privatisierung	Dezentralisierung	x
Georgien	Privatisierung, langfristige Betreiber-Konzessionen	x	De-Monopolisierung, Stärkung Wettbewerb und Anti-Monopolisierungsmechanismen, Stärkung Eigentums- und Nutzungsrechte sowie Kapitalisierung natürlicher Ressourcen
Ghana	Public-Private-NGO-Partnerships, Private Teilhabe an Betrieb und Instandhaltung, staatliche Aufsicht	Regulierung, Subventionierung Wasser zur Krankheitsbekämpfung in einzelnen Regionen	x
Guinea	Involvierung Privatsektor in Entwicklung und Betrieb Wassersektor	Regulierung freundlich machen für private Investitionen in Wassersektor, Subventionen, Preissenkung versuchen (Produktion, Gebühren)	x
Guyana	x	Gute und effektive Regulierung des Sektors, Subventionen für arme Haushalte	x
Honduras	Gemeinden ziehen an sich, NGOs involviert	Gemeinden regulieren	x
Jemen	Involvierung Gemeinden	Dezentralisierung, Regulierung, Preis anpassung zur Kostendeckung aber Wahrung sozialer Gerechtigkeit	x
Kambodscha	Involvierung Privatsektor	Regulierung, Preisanpassung (Kostendeckung)	x

Land	Privatisierung	Deregulierung	Liberalisierung
Kamerun	Privatisierung staatliche Wassergesellschaft, Involvierung Privatsektor	x	x
Kap Verde	Privatisierung (Weltbank Programme und Kredite)	Preisregulierungen, aber Liberalisierung Arbeitsrecht	Verhinderung der Umwandlung staatlicher in private Monopole
Kenia	Privatisierung	Regulierung (staatl. Agenturen)	«competitive practices» Wettbewerb schaffen (national)
Kirgisien	Gemeinden mit NGO und ev. Privaten	effiziente Preispolitik	x
Laos	x	Regulierung, Preisanpassungen (Kostendeckung) aber Schutz Wasserzugang der Armen	Gleiche Bedingungen für private und staatliche Unternehmen schaffen
Madagaskar	effektive Beteiligung Privatsektor, NGOs und Betroffene, Kollaboration	Regulierung	x
Malawi	Privatisierung, Erstellung und Betrieb per Konzession an Private	Kostendeckung	x
Mali	Privatisierung, Beteiligung Privatsektor, Gemeinden und Betroffene	Regulierung	x
Mauretanien	Beteiligung Privatsektor	Regulierung (Privatsektorfremdlich bzgl. Investitionen und Beteiligung)	x
Moldawien	Privatisierung, Beteiligung Privatsektor mit Konzessionen etc., private Investitionen	Gesetzgebung an europäische und internationale Standards anpassen, Differenzierte Gebührenordnung, Kostendeckung	x
Mongolei	x	x	x
Mosambik	Involvierung Privatsektor	Anpassung Gesetzgebung an Involvierung Privatsektor	x



Land	Privatisierung	Deregulierung	Liberalisierung
Nepal	Involvierung Privatsektor, NGOs, CBOs (community based organisations)	Regulierungsreform, Kostendeckung	x
Nicaragua	Privatisierung, Betriebskonzessionen, für Private Unattraktives übernimmt Staat, Gemeindeorganisationen	Regulierung (bleibt bei Staat), Dezentralisierung	x
Niger	Gradueller Transfer von Verantwortung an lokale Gemeinden und Privatsektor	Regulierung	x
Pakistan	Involvierung Gemeinden und NGOs	x	x
Ruanda	Beteiligung Privatsektor unter Berücksichtigung der Armen (Privatisierung, Public-Private)	Regulierung, Kostendeckung	x
Sambia	Beteiligung Privatsektor und NGOs, Gemeinden und Betroffene	Regulierung, lfr. Kostendeckung (mit Quersubventionen)	x
Sao Tome und Principe	Privatisierung	Anpassung der Preise bei Schutz der Ärmsten	x
Senegal	x	x	x
Serbien-Montenegro	Private Investitionen in Infrastruktur benötigt, Beteiligung Privatsektor, Public-Private-Partnerships	Preisanpassung (Erhöhung), Kostendeckung, Subventionierung der Ärmsten, EU-Recht-Anpassung, Regulierung	Kommerzialisierung
Sri Lanka	Public-Private-Partnerships, Beteiligung Privatsektor (Investitionen, Betrieb) in urbanen und Gemeinden in ruralen Gegenden	Regulierung und Tarife für private Involvierung anpassen, Kostendeckung, Subventionsabbau, unabhängige Regulierungsbehörde	Wettbewerb fördern

Land	Privatisierung	Deregulierung	Liberalisierung
Tadschikistan	Privatisierung, Korporatisierung, Involvierung Privatsektor (Betrieb)	marktwirtschaftliche Regulierung, staatliche Aufsichtsbehörde, Preis- anpassungen, Kostendeckung	x
Tansania	Gemeinden verantwortlich	x	x
Tschad	x	Modernisierung der Gesetze	x
Uganda	Gemeinden verantwortlich	x	x
Vietnam	Einbezug privaten Kapitals, Gemeinden	Regulierung, Subventionierung der Ärmsten	x

x = keine Angabe bzgl. der Trinkwasserversorgung.

Quelle: Eigene Darstellung.